



Detailansicht des Registereintrags

PHENOGY Europe

Aktuell seit 07.08.2026 14:55:35

Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

Registernummer:	R008157
Ersteintrag:	06.08.2026
Letzte Änderung:	07.08.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	–
Tätigkeitskategorie:	Sonstiges Unternehmen
Kontaktdaten:	Adresse: Konsul-Smidt-Straße 8C 28217 Bremen Deutschland Telefonnummer: +41414854085 E-Mail-Adressen: hello.eu@phenogy.com Webseiten: <u>phenogy.com</u>

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Sonstiges

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

1 bis 10.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

0,00

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Peter E. Braun**
Funktion: Geschäftsführer
2. **John E. Toft**
Funktion: Geschäftsführer
3. **Marcel Kloppenburg**
Funktion: CMO

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (3):

1. **Peter E. Braun**
2. **John E. Toft**
3. **Marcel Kloppenburg**

Mitgliedschaften (6):

1. BVES e.V.
2. Wirtschaftsrat der CDU e.V.
3. BVMW e.V.
4. OAV e.V.
5. Industrie-Club e.V.
6. Handelskammer Bremen

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (15):

Internationale Beziehungen; Außenwirtschaft; Allgemeine Energiepolitik; Energienetze; Erneuerbare Energien; EU-Binnenmarkt; EU-Gesetzgebung; Cybersicherheit; Sonstiges im Bereich "Raumordnung, Bau- und Wohnungswesen"; Klimaschutz; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz; Bundeswehrangelegenheiten; Industriepolitik; Kleine und mittlere Unternehmen; Wissenschaft, Forschung und Technologie

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst sowie durch die Beauftragung Dritter wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Die Interessenvertretung umfasst die gezielte Kommunikation mit politischen Entscheidungsträgern, Behörden und Institutionen im Zusammenhang mit der Entwicklung, Produktion und dem Einsatz stationärer Energiespeicher auf Basis von Natrium-Ionen-Technologie. Ziel ist es, geeignete regulatorische Rahmenbedingungen für sichere, nachhaltige und skalierbare Energiespeicherlösungen zu fördern und die Integration dieser Technologien in Energiesysteme und industrielle Anwendungen zu unterstützen.

Die Tätigkeiten umfassen insbesondere:

- die Analyse von Gesetzes- und Regulierungsvorhaben mit Bezug zu Energiespeichern, Strommärkten, Netzintegration, Nachhaltigkeitsanforderungen und Lieferketten
- die Erarbeitung und Übermittlung von Stellungnahmen und Positionspapieren zu konkreten Themen wie Batteriesicherheit, Temperaturbeständigkeit, Recyclinganforderungen, Herkunft von Rohstoffen und CO2-Bilanzierung
- den direkten Austausch mit Ministerien, Behörden, Abgeordneten und politischen Gremien zur Darstellung der technologischen Eigenschaften und Vorteile von Natrium-Ionen-Speichern gegenüber anderen Speichertechnologien
- die Mitwirkung an Konsultationsverfahren, Fachdialogen und Branchenformaten, insbesondere zu Themen wie Energiesystemresilienz, Versorgungssicherheit und Dekarbonisierung industrieller und digitaler Infrastrukturen
- die Abstimmung mit Verbänden und Industriepartnern zur Entwicklung gemeinsamer Positionen, etwa im Kontext von Netzstabilität, Flexibilitätsmärkten oder regulatorischen Anforderungen für Batteriespeicher

Konkrete Regelungsvorhaben (1)

1. Außenbereichsprivilegierung Batteriespeicher

Beschreibung:

Ziel des Regelungsvorhabens ist die rechtssichere Ausgestaltung und einheitliche Anwendung der Außenbereichsprivilegierung für Batteriespeicher im Baugesetzbuch. Angestrebt wird eine Klarstellung der Anwendbarkeit auf unterschiedliche Speicherkonfigurationen, einschließlich stand-alone Speicher und Co-Location-Projekte, sowie eine bundeseinheitliche Auslegung durch Genehmigungsbehörden. Zudem soll die Privilegierung so konkretisiert werden, dass Planungs- und Genehmigungsverfahren verkürzt und Unsicherheiten bei der Standortentwicklung reduziert werden. Gleichzeitig wird eine Ausweitung der Abstandsregel angestrebt.

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 334/26 (Vorgang) [\[alle RV hierzu\]](#)

Entwurf eines Gesetzes zur Modernisierung des Städtebau- und Raumordnungsrechts

Zuständiges Ministerium: [BMWSB](#) [\[alle RV hierzu\]](#)

Betroffenes geltendes Recht:

[BBauG](#) [\[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

Sonstiges im Bereich "Raumordnung, Bau- und Wohnungswesen" [\[alle RV hierzu\]](#)

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Keine Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro erhalten.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

0 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

0 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

[20260626142251.pdf](#)